

Stuttgart, 07.07.2022

Einrichtung eines Modulschulzentrums zur Beschleunigung von Schulbauvorhaben für die Region Filder in Stuttgart-Möhringen - Grundsatzbeschluss

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Schulbeirat	Beratung	öffentlich	19.07.2022
Bezirksbeirat Möhringen	Beratung	öffentlich	20.07.2022
Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik	Beschlussfassung	öffentlich	26.07.2022
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	27.07.2022

Beschlussantrag

1. Von der Interimsproblematik hinsichtlich geeigneter Standorte, des Planungsprozesses sowie der Baudurchführung an vielen Stuttgarter Schulen wird Kenntnis genommen.
2. Von den aktuellen und künftigen Entwicklungen an mehreren Standorten in der Planregion Filder, insbesondere den Standorten Anne-Frank-GMS und Rembrandt-Schulzentrum, wird Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird mit einer vertieften gesamtheitlichen Betrachtung des Schulstandortes Rembrandt-Schulzentrum unter Berücksichtigung aller anstehenden Einzelmaßnahmen und deren zeitlicher Abfolge sowie der Weiterplanung eines Filder-Modulschulzentrums für eine allgemeinbildende Sekundarschule jeglicher Art mit jeweils bis zu drei Zügen am Standort bis zum Vorprojektbeschluss beauftragt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein für mehrere Standorte geeignetes Interimskonzept in Form von Modulschulzentren zu erarbeiten und in geeigneter Form zu evaluieren. Ziel ist die Erstellung eines Modulbaukastens auf Grundlage eines für mehrere Schulformen geeigneten universalen Raumkonzepts.
5. Für die Weiterplanung der Maßnahmen stehen Planungsmittel im Teilhaushalt 400 bei der Projekt-Nr. 7.401227 – Filder-Modulschulzentrum – in Höhe von 4,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Begründung

Interimsproblematik an Stuttgarter Schulen

Erst durch vertiefte Untersuchungen im Planungsprozess von Erweiterungsbauten und Umstrukturierungen an zahlreichen Stuttgarter Schulen lässt sich der tatsächliche Sanierungsbedarf vieler Bestandsgebäude feststellen. Im Unterschied zu den Ergebnissen vorangegangener Machbarkeitsuntersuchungen wird häufig erst im Zuge der vertieften Projektplanung deutlich, dass aufgrund des jahrelangen Sanierungsstaus der Stuttgarter Schulen und den zunehmenden technischen Anforderungen hinsichtlich zeitgemäßem Raumstandard, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, moderner Infrastruktur und Digitalisierung, eine höhere Eingriffstiefe in die Bestandsgebäude als bisher angenommen notwendig ist.

Oftmals ergibt sich daher während des Planungsprozesses die Problematik, dass umfangreiche Sanierungs- und Umstrukturierungsarbeiten bei laufendem Schulbetrieb gar nicht oder nur unter großen Einschränkungen durchgeführt werden können und Auslagerungen des Schulbetriebs in unterschiedlichem Umfang erforderlich machen. Das Spektrum reicht hierbei von der Auslagerung einzelner Klassen an andere Schulstandorte in der näheren Umgebung, der Auslagerung mehrerer Jahrgänge in Containerbauten am Standort, bis hin zu Komplettauslagerungen an andere Schulstandorte.

Aufgrund des hohen finanziellen Aufwands sowie mangels verfügbarer Raumressourcen, werden in der Regel möglichst wenige Klassen ausgelagert, was zur Folge hat, dass der Bauablauf nur abschnittsweise mit rochierender schulischer Nutzung des verbleibenden Schulgebäudes durchgeführt werden kann. Dies führt zu langen Bauzeiten und den damit verbundenen massiven Belastungen der Schulgemeinschaft. Lange Bauzeiten sind aber auch in finanzieller Hinsicht mit Mehrkosten verbunden. Dies betrifft auch eigens zur rochierenden Nutzung erforderliche bauliche Interimsmaßnahmen.

Der Auslagerungsbedarf wurde bei Sanierungsvorhaben bisher in der Regel in Mietcontaineranlagen auf dem Schulgrundstück abgebildet. Mit Blick auf die zahlreichen anstehenden Sanierungsmaßnahmen an vielen Schulstandorten ist die Aufstellung von Containern für den einmaligen Bedarf aus Perspektive der finanziellen und ökologischen Nachhaltigkeit wenig sinnvoll, da eine Versetzung bestehender Containeranlagen an andere Standorte nur bedingt und nur mit weiterem finanziellen Aufwand möglich ist.

Die Vorgaben des vorbeugenden Brandschutzes in Stuttgart lassen für Schul-Interims-Container zudem meist nur eingeschossige Bauweisen zu, was die Realisierung von Containerlösungen im größeren Maßstab hinsichtlich der benötigten Aufstellungsfläche deutlich erschwert.

Die derzeitige Praxis zeigt, dass in vielen Fällen nach der planerischen Erfassung des tatsächlichen Auslagerungsbedarfs ein massiver Zeitdruck im Projekt entsteht und die geplante Zeitschiene nur mittels einer kurzfristig organisierten und finanzierten Interimslösung eingehalten werden kann.

Konzept Modulschulzentren

Ein Ansatz, der viele der oben genannten Probleme an mehreren Schulstandorten lösen könnte, bestünde in der Realisierung von größeren zentralen Modulschulzentren. An für mehrere Schulen günstig erreichbaren Standorten könnten dabei größere, flexibel nutzbare Gebäude in Modulbauweise errichtet werden. Ziel ist es, mehrere Schulen nacheinander, während der Sanierung bzw. Umstrukturierung der eigenen Schulgebäude, dort unterzubringen. Aufgrund der soliden und nachhaltigen Bauweise könnten die Gebäude im Anschluss an die Interimsnutzung auch mittel- bis langfristig für weitere schulische Nutzungen zur Verfügung stehen.

Je nach Lage der betroffenen Schulen und Größe des Zentrums ist es sinnvoll, bevorzugt gesamte Schulen auszulagern. Bei geringeren Interimsbedarfen sind jedoch auch zeitliche Überschneidungen zweier Schulen vorstellbar. Dies ist für die betroffenen Schüler*innen, Lehr- und Ganztageskräfte sowie weitere betroffene Personen zunächst mit einem längeren Schul- bzw. Arbeitsweg und einer gewissen Eingewöhnung verbunden. Eine Komplettauslagerung der Schule führt jedoch andererseits zu erheblich geringeren Bauzeiten und wirtschaftlicherer Umsetzung baulicher Maßnahmen an den Stammgebäuden, da für den Bauablauf kein parallel stattfindender Schulbetrieb berücksichtigt werden muss. Durch die räumliche Distanz sind für die Schulgemeinde physiologische und organisatorische Belastung praktisch nicht mehr vorhanden. Ein modernes Raumkonzept sowie eine zukunftsweisende digitale Ausstattung des Modulschulzentrums, eine Mensa und ein Ganztagesbereich bieten der Schule darüber hinaus während der Bauzeit gute Voraussetzungen für adäquaten Unterricht.

Zentrale Voraussetzung für dieses Konzept sind Standorte, die hinsichtlich ihrer ÖPNV-Anbindung oder fußläufigen Erreichbarkeit zu anderen Schuleinzugsgebieten günstig gelegen sind. Hinzu kommen weitere Voraussetzungen hinsichtlich Grundstücksgröße und Planungsrecht. Für die Konzeption des eigentlichen Gebäudes ist es erforderlich, prinzipiell alle allgemeinbildenden Schularten ohne wesentliche Einschränkungen ihres Schulbetriebs unterbringen zu können. Dies soll durch möglichst universal nutzbare oder anpassbare Unterrichts-, Ganztages- sowie Verwaltungsbereiche erreicht werden.

Die Anforderungen an den Baukörper sind vielfach, wobei der minimierte Planungs- und Errichtungszeitraum sowie Dauerhaftigkeit für die benötigte Standzeit (und ggf. auch darüber hinaus) an oberster Stelle stehen. Des Weiteren sollte ein solches Gebäude ein modernes Raumkonzept sowie eine ansprechende architektonische Gestaltung erhalten und nach Kriterien für Nachhaltigkeit und Klimaschutz errichtet werden. Hierfür bietet sich die Holzmodulbauweise mit standardisiertem Raumtypenprogramm (siehe auch „Modulbaukasten“) an. Die Holzmodulbauweise bietet gegenüber einer Containeranlage neben der deutlich längeren Standzeit auch den Vorteil, dass sie den Nutzer*innen eine hohe innenräumliche Qualität und Behaglichkeit bietet.

Ein solches Konzept stellt damit einen neuen Ansatz zur Lösung spezifischer schulischer Interimsproblematiken in der Landeshauptstadt Stuttgart dar. Das aufgezeigte und nachfolgend detaillierter beschriebene Vorhaben soll zunächst exemplarisch in Form eines Pilotprojektes in der Planregion Filder umgesetzt werden. Während der Pilotphase werden in den jeweiligen Planungs- bzw. Umsetzungsphasen sowie bzgl. spezifischer Parameter (z.B. Standort, Belegungsplanung oder Wirtschaftlichkeit) wichtige Erkenntnisse für mögliche weitere Standorte im Rahmen einer begleitenden verwaltungsinternen Evaluierung analysiert und zu geeigneten Zeitpunkten dem Gemeinderat vorgestellt.

Um die Planungszeit möglicher weiterer Modulschulzentren erheblich zu reduzieren und zu standardisieren, sowie um eine größtmögliche Flexibilität hinsichtlich der Größe des jeweiligen Auslagerungsbedarfs (Schulzüge) und Ausstattung (optionaler Ganztagsbereich) eines solchen Modulschulzentrums zu erlangen, soll ein für die Planung weiterer Modulschulzentren verbindlicher „Modulbaukasten“ entwickelt werden. Hierfür soll ein diesbezüglich fachlich versiertes Planungsbüro beauftragt werden. Dies könnte nach dem Vorbild der Berliner Schulbauoffensive oder der europäischen Schulen in Frankfurt erfolgen. Dort wird das Konzept aus der Vor-Definition einzelner Raummodule auf Basis pädagogisch und baulich erforderlicher Raumtypen bereits erfolgreich umgesetzt.

Ein solch entwickelter Modulbaukasten könnte dann als Standard für mehrere Modulschulzentren in gleicher oder unterschiedlicher Größe dienen. Auch eine Nutzung von Modulen nach dem erarbeiteten Konzept des Modulbaukastens zur Arrondierung komplexer Campusareale oder im Falle einer kurzfristig erforderlichen Schulerweiterung bzw. Errichtung eines Aufsiedlungszentrums wäre denkbar.

Es wird davon ausgegangen, dass die mehrfache und längerfristige Nutzung von Modulschulzentren die Investitionskosten gegenüber einmalig errichteter Containeranlagen relativieren werden. Dies ist auch dahingehend relevant, als dass an mehreren Schulen in absehbarer Zeit Interimsmaßnahmen aufgrund umfangreicherer baulicher Maßnahmen erforderlich werden.

Schulsituation Anne-Frank Gemeinschaftsschule und Rembrandt-Schulzentrum

Im Stuttgarter Stadtbezirk Möhringen befindet sich an der Hechinger Straße 73 die Anne-Frank Gemeinschaftsschule und an der Sigmaringer Straße 85 das Rembrandt-Schulzentrum.

Die Anne-Frank-GMS wurde mit Beschluss des Gemeinderats (GRDRs 412/2013) und Einrichtungserlass des Regierungspräsidiums vom 10.02.2014 ab dem Schuljahr 2014/2015 sukzessive aus der ehemaligen Realschule entwickelt. Die bauliche Umsetzung des sich daraus ergebenden Raum- und Umstrukturierungsbedarfs wurde bereits begonnen.

Im ersten Bauabschnitt wurde im Herbst 2019 eine gemeinsame Mensa mit der benachbarten Heilbrunnenschule in Betrieb genommen.

In einem zweiten Bauabschnitt wird derzeit ein Erweiterungsbau des Klassenbaus mit voraussichtlichem Baubeginn im 2./3. Quartal 2023 geplant. Nach Fertigstellung dieses Erweiterungsbaus soll abschließend das Bestandsgebäude umstrukturiert und im Anschluss die Freianlagen neugestaltet werden.

Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie (2015) und des Vorprojektbeschlusses (GRDRs 305/2015) wurde in der frühen Planungsphase seitens der Planer von der Umsetzung des Bauvorhabens in zwei Abschnitten (Erweiterung und Bestandsumstrukturierung) ausgegangen. Hierdurch hätte jeweils einer der Bauabschnitte für den Unterricht zur Verfügung gestanden, wodurch nur eine geringe Auslagerung von Schüler*innen notwendig geworden wäre.

Die zwischenzeitlich aktualisierte und konkretisierte Untersuchung seitens des Planungsbüros ergibt einen deutlich höheren Sanierungsumfang als zunächst angenommen. Die daraus resultierende Eingriffstiefe in die Gebäudestruktur bedingt bauliche Maßnahmen, die bei gleichzeitiger Durchführung von Unterricht über mehrere Jahre hinweg zu massiven Störungen des Schulbetriebs führen würden. Erschwerend kommt

hinzu, dass die erforderliche Sanierung der Asbestzementrohre durch die vorgeschriebene Abtrennung der kontaminierten Bereiche („Schwarzbereiche“) keine sinnvolle Bauabschnittsbildung zulässt.

Da Auslagerungsmöglichkeiten zum benötigten Zeitpunkt in nahegelegene Schulgebäude, wie beispielsweise in die Heilbrunnenschule und in das Rembrandt-Schulzentrum, mangels verfügbaren Raumreserven oder ungeeigneten Raumzuschnitten nicht möglich sind, bliebe als einzige Lösung die Aufstellung von Interimscontainern auf dem Schulhof der Anne-Frank-GMS. Da sich jedoch weder auf dem Schulareal noch auf angrenzenden Flächen die zu erwartende Anzahl notwendiger Schul-Interimscontainer realisieren ließe, bleibt als einzig möglicher Standort das Grundstück des Rembrandt-Schulzentrums.

Der Standort des Rembrandt-Schulzentrums wird derzeit weitestgehend durch das Königin-Charlotte-Gymnasium genutzt. Die Riedseeschule nutzt bis zu ihrer Zusammenführung ebenfalls mehrere Unterrichts-, Ganztags- und Verwaltungsräume. Darüber hinaus nutzen die Landwirtschaftliche Schule Hohenheim sowie die Anne-Frank GMS einige Fach- bzw. Unterrichtsräume.

Für das Hauptgebäude wurde 2021 ein Sanierungsgutachten erarbeitet, auf dessen Grundlage die Generalsanierung des Hauptgebäudes untersucht wurde. Die Erkenntnisse des Gutachtens sowie die Entwicklungen am Standort lassen einen höheren Auslagerungsbedarf erwarten.

Im Zuge dessen werden zudem bauliche Anpassungen vorgenommen, sodass das Königin-Charlotte Gymnasium den zukunftsfähigen Unterricht auch räumlich abbilden kann. Hierzu hat das Schulverwaltungsamt bereits einen Schulentwicklungsprozess mit der Schulgemeinschaft begonnen, der jedoch aufgrund der Diskussion um die Planungen für das Modulschulzentrum zunächst ausgesetzt wurde. In Vorbereitung der Sanierung des Rembrandt-Schulzentrums soll dieser Prozess – auch unter Berücksichtigung der aktualisierten Rahmenbedingungen – wiederaufgenommen werden.

Neben dem Hauptgebäude befinden sich noch eine 2008 errichtete Mensa, ein Musikpavillon sowie eine Sporthalle auf dem Gelände. Für die beiden letztgenannten besteht ebenfalls ein erheblicher Sanierungsbedarf.

Wesentliche schulische Entwicklungsvorhaben im Umkreis

Neben den bereits genannten Entwicklungen stehen in Möhringen und den umliegenden Stadtbezirken weitere Entwicklungen bevor, die nachfolgend in nicht priorisierter Aufzählung kurz umrissen sind.

- Die Salzäckerschule im Stadtteil Möhringen konnte 2020 ihr 50-Jähriges Bestehen feiern. Das Schulgebäude stammt ebenfalls aus dieser Zeit und wurde bisher noch nicht umfassend saniert. Bei einer notwendig werdenden tiefgreifenden Sanierung ist ein Auslagerungsbedarf in größerem Umfang zu erwarten.
- Im Stadtbezirk Plieningen wird mittel- bis langfristig eine Sanierung des Paracelsus-Gymnasiums notwendig. Es ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt absehbar, dass an den dortigen Schulstandorten (PGH und Körschtalschule) weder räumliche Kapazitäten noch umliegende Flächen für eine größere Auslagerung zu Verfügung stehen

werden. An der Körschtalschule steht nach jetzigem Stand des Investitionsprogramms die Umstrukturierung und Sanierung des Bestands zum Schuljahr 2025/2026 an.

- Im Stadtbezirk Degerloch ist die Gebäudesituation der Albschule und Fritz-Leonhardt-Realschule nach wie vor unbefriedigend. Hinzu kommen steigende Schülerzahlen, insbesondere an der Realschule. Im Rahmen einer längerfristig ausgerichteten Campuserweiterung mit Sanierung und Umstrukturierung könnte eine temporäre Auslagerung der Realschule notwendig werden.
- Im Stadtbezirk Vaihingen wird mittel- bis langfristig eine Sanierung und sinnvolle Strukturierung des Bestands des Fanny-Leicht-Gymnasiums notwendig werden. Auf dem bereits jetzt äußerst dicht bebauten Areal werden bauliche Maßnahmen ebenfalls zu großen Einschränkungen des Schulbetriebs führen.
- Die komplexe Schul- und Gebäudesituation am Campus Vaihingen lässt zum derzeitigen Zeitpunkt keine abschließende Klärung der baulichen Umsetzung zu. Es ist zum einen mit einer umfangreicheren Auslagerung im Zuge von Neubauten und Sanierungen zu rechnen. Zum anderen werden sich, bedingt durch die Aufsiedelungen im Eiermann-Areal die Schülerzahlen erheblich erhöhen. Es ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt des Anwachsens der Schülerzahlen die erforderlichen baulichen Erweiterungen für die Sekundarschulen noch nicht vollständig umgesetzt sein werden.

Lösungsvorschlag Filder-Modulschulzentrum

Die Voraussetzungen für den Standort eines Modulschulzentrums sind vielfältig. Neben einer ausreichenden Größe und Anbindung an den ÖPNV für die auszulagernden Schulen bedarf es insbesondere im Hinblick auf die Beschleunigung von Bauvorhaben der entsprechenden planungsrechtlichen Voraussetzungen. Hierbei sind das Eigentumsverhältnis der Liegenschaft ebenso wie die planungsrechtlichen Voraussetzungen relevant, um nicht viele Jahre mit Grundstückserwerb und Durchführung eines B-Planverfahrens zu verlieren. So wurden neben dem Rembrandtschulzentrum insbesondere das ehemalige Aurelis-Areal am Bahnhof Vaihingen geprüft. Dieses scheidet, sowie auch weitere Flächen in Möhringen und Vaihingen, aufgrund mehrerer der genannten Voraussetzungen zur Errichtung eines Modulschulzentrums aus.

Auf das Grundstück des Rembrandt-Schulzentrums treffen alle der genannten Standortvoraussetzungen zu und es erweist sich daher als einzig geeigneter Standort zur Aufstellung eines Modulschulzentrums. So sind hier sowohl Grundstücksgröße sowie Planungsrecht in ausreichendem Umfang vorhanden. Dies betrifft sowohl das großzügige Baufenster als auch die baulichen Erweiterungsmöglichkeiten, die planungsrechtlich ausreichende Reserven aufweisen.

Darüber hinaus bietet das Schulareal das Potenzial zum Bau einer weiteren Sporthalle. Diese wäre nicht nur zur Durchführung des Sportunterrichts der jeweils ausgelagerten Schulen erforderlich, sondern könnte auch während der Sanierung der bestehenden Sporthalle zur Auslagerung des Sportunterrichts des Königin-Charlotte-Gymnasium dienen. Der Vorschlag im aktuellen Bürgerhaushalt zur Realisierung einer Trainingshalle neben der bereits bestehenden Halle ist in diesem Zusammenhang besonders interessant und würde sich mit den Bestrebungen zum Bau eines Modulschulzentrums ergänzen.

Weiterhin liegt der Standort für mehrere der für eine spätere Auslagerung in Frage kommenden Schulen verhältnismäßig zentral und verkehrsgünstig (siehe Anlage 2). Er ließe sich unter hinnehmbarem Aufwand neben Möhringen auch aus den Stadtbezirken Degerloch, Plieningen, Birkach sowie Vaihingen zum Zwecke einer temporären Auslagerung erreichen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, am Standort des Rembrandt-Schulzentrums ein zentral gelegenes Modulschulzentrum zu errichten. Dieses soll eine Kapazität und Flexibilität erhalten, die eine Komplettauslagerung einer beliebigen dreizügigen weiterführenden Schule ermöglicht. Nach derzeitigem Stand der Planungen ist von einer Programmfläche von ca. 3.500 – 3.800 m² auszugehen. Diese deckt neben Unterrichts- und Verwaltungsräumen auch Räumlichkeiten zur Differenzierung, für den Ganztags- und eine Mensa ab. Auf dieser Grundlage wird im weiteren Planungsverlauf ein dezidiertes Raumprogramm und Nutzungskonzept entwickelt.

Planungsrecht

Das geplante Vorhaben auf dem Grundstück Sigmaringer Straße 85, Rembrandt-Schulzentrum/ Königin Charlotte Gymnasium, befindet sich innerhalb des rechtskräftigen Bebauungsplans „Sigmaringer Straße Teilbereich A, Möhringen“, 1972/33. Innerhalb des Baufensters zulässig ist ein Schulzentrum mit Festplatz; nordöstlich sind die zugehörigen Stellplätze festgesetzt. Das Planungsrecht zur interimswise Unterbringung eines Modulschulzentrums im Bereich des Rembrandt-Schulzentrums wäre somit vorhanden. Sofern baurechtlich notwendige Stellplätze durch das geplante Vorhaben wegfallen, müssten diese an anderer Stelle nachgewiesen werden.

Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsvorteile

Der Bau eines Modulschulzentrums anstelle der Aufstellung von Interimscontainern für die Anne-Frank-GMS stellt in finanzieller Hinsicht eine zunächst deutlich höhere Investition dar. Die höheren Kosten begründen sich in der Größe des Gebäudes (mehr Programmfläche), der Unterbringung einer Mensa, sowie der Bauweise.

Im Gegensatz zu Containern kann ein Modulschulzentrum in Modulbauweise und entsprechender Größe aber über einen sehr langen Zeitraum bestehen bleiben. Für alle in den vorigen Abschnitten genannten Entwicklungs- und Sanierungsvorhaben ist eine Nutzung des Modulschulzentrums prinzipiell denkbar und geplant.

Wie bereits eingangs erwähnt, ermöglicht die angestrebte Bauweise im Vergleich zu herkömmlichen Containern eine für moderne Schulgebäude typische Raum- und damit auch Nutzungsqualität. Die Umsetzung als Holzmodulbau entspricht in ihrer Bauweise und mehrfacher Nutzung den Nachhaltigkeitszielen der Landeshauptstadt Stuttgart.

Energiekonzept

Bei der Planung der Modulschulzentren soll als energetischer Standard der Plusenergiestandard und die Klimaneutralität zugrunde gelegt werden. Auf den Dächern und den technisch sinnvollen Fassaden ist der Bau von Photovoltaikanlagen in Kombination mit Begrünung vorgesehen. Das detaillierte energetische Konzept ist zu entwickeln und

mit dem Amt für Umweltschutz abzustimmen. Zur Baubeschlussvorlage des Modulschulzentrums wird das Konzept mit dem energetischen Datenblatt vorgelegt.

Bisheriger Planungsverlauf und Herausforderungen am Standort

Die ersten Planungsansätze zur Errichtung eines Modulschulzentrums erregten insbesondere im Hinblick auf den geplanten Standort kritische Haltungen auf Seiten des Königin-Charlotte-Gymnasiums sowie auch im Bezirksbeirat. Zentrale Befürchtungen beziehen sich auf die zu erwartende Gesamtschülerzahl sowie verträgliche Organisation der verschiedenen Schulen am Standort, eine ausreichende Anzahl an Parkplätzen und die Standzeit des Gebäudes. Die Gebäude am Rembrandtschulzentrum selbst weisen einen hohen Sanierungsaufwand auf, welcher aufgrund der stadtweiten Priorisierung bisher noch nicht angegangen werden konnte.

Am 24.02.2022 hat daher ein Gespräch am Runden Tisch unter breiter Beteiligung der betroffenen Schulgemeinschaften, Bezirks- und Stadträten sowie Vertretern der Stadtverwaltung und des Regierungspräsidiums stattgefunden. Die besprochenen Themenstellungen werden nachfolgend kurz dargestellt:

- Die Erhöhung der Schülerzahlen durch ein solches Projekt stellen ohne Zweifel eine gewisse Herausforderung am Standort dar. Die bisher sehr großzügige Grundstücksgröße bietet aber sowohl hinsichtlich der Gebäude als auch der Außenflächen ausreichende Reserven und ist selbst bei Maximalbelegung immer noch – vergleichen mit den Schulbauempfehlungen des Landes sowie anderen Schulstandorten – verhältnismäßig.
- Dies betrifft auch die Parkplatzkapazitäten nach den gesetzlichen Standards, die jedoch im weiteren Planungsverlauf neu geordnet werden müssen.
- Eine ebenfalls noch zu lösende Herausforderung ist die adäquate Zonierung des Areals – sowohl hinsichtlich der Gebäudestandorte, Baustelleneinrichtung aber auch der Außenanlagen.
- Die Sanierung des Rembrandt-Schulzentrums sowie die Errichtung des Modulschulzentrums müssen in enger Verzahnung betrachtet werden. Aufgrund der baulichen Maßnahmen an der Anne-Frank-GMS und der Riedseeschule sowie dem Anwachsen der Zügigkeit des Königin-Charlotte-Gymnasiums werden zum Zeitpunkt der Sanierung des Haupt- und Fachklassenbaus erhebliche Auslagerungsbedarfe am Rembrandt-Schulzentrum entstehen.
- Ziel ist es, diese durch parallele Belegung des Modulschulzentrums durch Anne-Frank-GMS und KCG (oder Riedseeschule) zu decken und somit frühzeitig in die Sanierung einsteigen zu können.

Gleichwohl stellt die Abstimmung der verschiedenen Maßnahmen insbesondere auch in Bezug auf die Standortgegebenheiten und Bauabläufe eine zentrale Herausforderung dar, die es im Rahmen der weiteren Planung zu lösen gilt.

Weiteres Vorgehen

Die Verwaltung wird daher im Rahmen einer vertieften gesamtheitlichen Betrachtung sämtliche anstehenden Maßnahmen am Standort Rembrandt-Schulzentrum aufeinander abstimmen und deren Verträglichkeit sicherstellen.

Die Verwaltung wird zudem unter Beteiligung von einem in der Modulbauweise erfahrenen Planungsbüro beauftragt, ein geeignetes Raumkonzept zu entwickeln. Geplant ist, dass sich dieses über eine kostengünstige und zeitsparende Modulbauweise realisieren lässt. Es wird ein GU-Verfahren in klassischer Projektkonstellation angestrebt.

Für das Modellprojekt Filder-Modulschulzentrum wird schnellstmöglich ein Vorprojektbeschluss angestrebt.

Im zeitlichen Horizont kann bei optimalem Planungsverlauf und Bereitstellung der finanziellen Mittel der Baubeschluss für das Modulschulzentrum im Doppelhaushalt 2024/2025 erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen

Für die Weiterplanung der Maßnahmen stehen Planungsmittel im Teilhaushalt 400 bei der Projekt-Nr. 7.401227 – Filder-Modulschulzentrum – in Höhe von 4,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Bei absehbar zügigem Projektfortschritt wird die Verwaltung zur Finanzierung des Modulschulzentrums in Möhringen zum Doppelhaushalt 2024/2025 Baumittel anmelden.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referate T, SOS, SWU, WFB

Vorliegende Anfragen/Anträge:

Antrag 92/2022 - Schulsituation im Stadtbezirk Möhringen darstellen (CDU Gemeinderatsfraktion)

Erledigte Anfragen/Anträge:

Isabel Fezer
Bürgermeisterin

Anlagen

Anlage 1 - Luftbild Rembrandt-Schulzentrum inkl. Umfang und möglichem Standort
Anlage 2 - Stadtplan Filderregionen inkl. rel. Schulstandorte und Anschluss an ÖPNV
Anlage 3 - Raumprogramm Modulschulzentrum Filder

<Anlagen>